

So teuer wäre ein EU- Austritt für Deutsch- land



Die AfD will die europäische Integration zurückdrehen. Doch ein Dexit hätte für Deutschland dramatische wirtschaftliche Folgen, wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt. Die Forscher sehen 2,5 Millionen Jobs durch einen EU-Austritt bedroht. Foto: Monika Skolimowska/dpa

Forscher schätzen die Kosten bis 2029 auf 690 Milliarden Euro – Auch der Brexit hat Großbritannien sehr hart getroffen

Köln/London. Ein Austritt aus der Europäischen Union würde Deutschland nach Analysen von Wissenschaftlern schweren wirtschaftlichen Schaden zufügen. „Ein Dexit würde bewusst eine schwere ökonomische Krise und einen nachhaltigen Wohlstandsverlust der Bevölkerung in Deutschland auslösen“, schreiben Forscher des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Die AfD will die europäische Integration teilweise rückgängig machen. Die EU solle nur eine Wirtschafts- und Interessengemeinschaft lose verbundener Einzelstaaten sein.

Zu rechnen wäre den Forschern zufolge mit einem Verlust von 5,6 Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) beziehungsweise rund 690 Milliarden Euro nach fünf Jahren. Rund 2,5 Millionen Arbeitsplätze könnten im fünften Jahr verloren gehen. Dies entspreche in etwa den volkswirtschaftlichen Wertschöpfungsverlusten der Corona-Pandemie und der Energiekostenkrise nach dem russischen Überfall auf die Ukraine.

Diese Zahlen beziehen sich auf ein Szenario, das in der Vergangenheit liegt. Die Kosten eines solchen Szenarios in der Zukunft wären

nach ihrer Einschätzung aber ähnlich hoch. Die Wissenschaftler rechneten durch, was mit Deutschland passiert wäre, wenn es parallel zu Großbritannien die EU verlassen hätte. Um das zu ermitteln, haben sie zunächst die wirtschaftlichen Auswirkungen des Brexits auf Großbritannien vom Referendum im Sommer 2016 bis zum Jahr 2021 untersucht und diese Effekte dann auf Deutschland übertragen – unter Berücksichtigung der Unterschiede beider Länder. Die Auswirkungen eines tatsächlichen Brexits wären wohl stärker, so die Autoren, die auf die engere Verflechtung Deutschlands mit anderen EU-Staaten verweisen und die Mitgliedschaft im Euro.

Großbritannien war Ende Januar 2020 aus der EU ausgetreten. Nach einer Übergangsphase ist das Land seit 2021 nicht mehr Mitglied der EU-Zollunion und des Binnenmarkts. Die EU hatte zum 1. Januar 2021 vollständige Einfuhrkontrollen an der neuen Außengrenze eingeführt. Großbritannien hingegen hat dies hingegen bisher fünfmal verschoben.

Nach dem EU-Austritt hat das Pfund gegenüber dem Euro verloren

Über Großbritannien schreiben die Wissenschaftler, die Entscheidung für den EU-Austritt habe bereits vor dem Vollzug zum 31. Januar 2020 zu Wachstumsverlusten geführt. So habe das Pfund gegenüber dem Euro an Wert verloren, was Importe teurer machte. Die Unsicherheit über die künftigen Beziehungen zur EU habe sich negativ auf Investitionen ausgewirkt. Zudem habe Großbritannien durch den Brexit den Boom des Handels innerhalb der EU verpasst. Zwar konnte die Regierung in London neue Freihandelsabkommen mit anderen Ländern schließen – diese hätten aber im Wesentlichen die Abkommen der EU mit diesen Staaten reproduziert. Neue Marktzugangsmöglichkeiten seien also nicht erschlossen worden. Zwar wurden zwei neue Abkommen mit Australien und Neuseeland geschlossen. Die britische Regierung gehe aber von einem nur sehr geringen längerfristigen Schub für die Wirtschaftsleistung aus: 0,08 Prozent BIP-Zuwachs durch das Abkommen mit Australien und 0,03 Prozent durch jenes mit Neuseeland, jeweils bis zum Jahr 2035. „Gegenüber den geschätzten Einbußen des Brexits in Höhe von 5 bis 10 Prozent der Wirtschaftsleistung sind diese Vor-

teile verschwindend gering“, schreiben die Studienautoren.

Chaos bei den Grenzkontrollen verunsichert die Unternehmen

Die britischen Steuerzahler kosten neue Grenzkontrollen nach dem Brexit laut des Rechnungshofs mindestens 4,7 Milliarden Pfund (5,5 Milliarden Euro). Wiederholte Änderungen und Verzögerungen bei der Einführung vollständiger Einfuhrkontrollen hätten zu Unsicherheit für Unternehmen sowie zusätzlichen Kosten für Regierung und Häfen geführt, teilte die Behörde in London mit.

Die britische Regierung hatte zum Austritt aus der EU angekündigt, das Vereinigte Königreich werde bis 2025 „die effektivste Grenze der Welt“ haben. Allerdings betonte der Rechnungshof, der Strategie fehle ein klarer Zeitplan und ein integrierter regierungsübergreifender Umsetzungsplan. Die Regierung hingegen betonte, sie mache gute Fortschritte. „Der Austritt Großbritanniens aus der EU hat zu einer weitreichenden Änderung der Regelungen für den Warenverkehr über die Grenze ge-

führt“, sagte der Chef des Rechnungshofs, Gareth Davies.

„Allerdings ist mehr als drei Jahre nach dem Ende der Übergangsphase immer noch nicht klar, wann vollständige Kontrollen eingeführt werden.“ Derzeit sind teilweise Importkontrollen in Kraft. Seit Ende April sollen tierische und pflanzliche Produkte bei der Einfuhr überprüft werden. Lebensmittelimporteure müssen seitdem auf manche Produkte wie Wurst, Käse und Joghurt eine „common user charge“ von bis zu 145 Pfund (169 Euro) pro Ladung bezahlen. Experten und Unternehmen warnen vor längeren Lieferzeiten, mehr Bürokratie und höheren Kosten – die letztlich die Verbraucher in Großbritannien stemmen müssten.

„Ein Dexit würde bewusst eine schwere ökonomische Krise und einen nachhaltigen Wohlstandsverlust der Bevölkerung in Deutschland auslösen.“

Forscher des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln

„Gegenüber den geschätzten Einbußen des Brexits in Höhe von 5 bis 10 Prozent der

Wirtschaftsleistung sind diese Vorteile verschwindend gering.“

Eine Studie zu den Freihandelsabkommen der Briten mit Australien und Neuseeland